

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einjähr. Teilerlöse monatlich  
Halbmonatlich 1,00 RM. Postbezugs monatlich 2,00 RM. einjähr. 24 RM. Postgebühren  
(ohne Zustellungsgebühr). Kreuzabhebungen: Für die Woche 1,00 RM.  
**Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.**

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: bis 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 24 Pf., Stellungsgebühr und private Familienanzeigen 6 Pf., bis 70 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachschuß nach Maßstab I oder Mengenspreiße B. Briefgebühr für Briefanzeigen 30 Pf. auschl. Porto. Zur Zeit 1/2 Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig.

**Postanschrift: Dresden-N. 1, Postfach 4 Fernruf: Ortsvertrieb Sammelnummer 24601, Fernvertrieb 27981-27983 • Teleg.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Victoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366**  
**Postfach: Dresden 2060 - Adressänderungen ohne Rücksicht werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Leseger keine Ansprüche auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts**

Nr. 63

Montag, 15. März 1937

45. Jahrgang

## Neuer Vormarsch an der Jaramafront

Unterstützung der Guadalajara-Offensive - Scharfe Stellungnahme der Prager deutschen Professoren gegen das Hochschulgesetz

### Rings um Brüssel

Durch die Ueberrettung der deutschen und italienischen Antwortnoten ist die Frage des Westpaktes wieder in den Vordergrund getreten. Wir sind am Sonntag ausführlich auf die Problematik dieses Fragenkomplexes eingegangen. Die Verhandlungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß bei verschiedenen Vertragspartnern sich sehr wesentliche Veränderungen ihrer Auffassung vollzogen haben. Ziele Wenderungen machen es notwendig, mehr denn je das grundsätzliche Ziel der ursprünglichen Pacto-vereinbarungen wie auch eines neuen Westpaktes heranzuarbeiten. Dieses grundsätzliche Ziel besteht darin, in Westeuropa zunächst stabile Verhältnisse und einen Zustand wahrer Sicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Eine Aufgabe, die in der letzten Zeit nicht mehr das Ziel der französischen und der englischen Regierung zu sein schien.

Ueber die Einzelheiten der ganzen Frage haben wir uns gestern ausführlich geäußert. Heute nur noch einige Worte über Belgien. Der neue belgische Standpunkt, wie er zum erstenmal im vergangenen Jahre in der bekannten Rede König Leopolds hervortrat, ist bekannt. Die Ueberwindung des von England moralisch gestützten französischen Bündnisbündnisses hat Belgien veranlaßt, eine Schwankung zu vollziehen und wieder in die Bahnen einer echten Neutralitätspolitik einzulenken. Belgien demüht sich jetzt vor allen Dingen, eine Verlängerung des Protokolls, zu dem es sich im März vergangenen Jahres bereit erklärte, zu verhindern, und von den Verhandlungsergebnissen dieses Protokolls loszukommen. In Paris und London hatte man diese Bemühungen zunächst einfach nicht beachtet, jedenfalls amtlich nicht zur Kenntnis genommen. Es zeigte sich immer mehr, daß man an dieser Auffassung nicht beständig lange festhalten konnte, vor allem nachdem Deutschland und auch Italien sich bereit erklärt haben, die Unversicherheit belgischen Gebietes unter allen Umständen zu garantieren.

Infolgedessen sah man sich in London veranlaßt, noch einer neuen Formel zu suchen, und man glaubt, diese nunmehr auch gefunden zu haben. Man erkennt „grundlegend“ den belgischen Standpunkt an, d. h. man findet sich damit ab, daß Belgien zwar in Zukunft Sicherheitsgarantien von Frankreich und England empfangt, aber selbst keine Sicherheitsgarantien gibt. Aber — und nun kommt das Entscheidende — es gilt nunmehr, die Vertiefung der belgischen Neutralität durch England und Frankreich herbeizuführen. Ueber diese Frage soll jetzt auf englischen Vorschlag hin verhandelt werden. Ueber die einzelnen Modalitäten dieser Verhandlungen wird zur Zeit eifrig zwischen Paris und London gesprochen. Erst vor kurzem veröffentlichten wir einen Bericht unseres Londoner Korrespondenten, in dem darauf hingewiesen wurde, daß England mit allen Mitteln daran arbeitet, Generalstabvereinbarungen, wie sie im März vergangenen Jahres begannen, auch in den neuen Zustand hindüberzusetzen. Die jetzt geplanten Verhandlungen sollen den Weg zu einem solchen Ergebnis ebnen.

England möchte sich also auch nach Aufklärung der belgischen Neutralität sein Gesicht auf dem Westpakt und sichern. Das ist eine außerordentlich zweifelhafte Politik. Noch bevor man den neuen Westpakt gesichert hat, will man Sondervereinbarungen treffen, die eine Spitze gegen Deutschland haben. Auf diesem Wege kann man natürlich nicht vorwärtskommen.

### Sabotage-Propaganda in England

Die umkämpfte Taktik der linksradikalen Kreise in England wird durch eine Rede von Sir Stafford Cripps, der der Linksgruppe der Labour-Party angehört, die sich mit den Kommunisten verbinden will, neuerdings bekräftigt. Cripps forderte seine Anhänger offen auf, durch Streiks die englischen Rüstungen zu sabotieren. Dies sei die beste Gelegenheit für sie, um selbst die Macht zu gewinnen.

Diese Rede von Cripps ist um so aufschlußreicher, als gerade in den letzten Tagen ein wilder Streik in den Rüstungswerten die englische Öffentlichkeit demütigt hat und bereits die Verstärkung geahndet wurde, daß die Kommunisten die Hand im Spiel haben könnten, um die englischen Rüstungen zu sabotieren.

### Wintermanöver in Sowjetrußland

In mehreren Militärzeitschriften Sowjetrußlands werden zur Zeit größere Wintermanöver abgehalten. Aufschlußreich an die Manöver im Moskauer Militärbezirk fanden im Weißrußland angeordnete Truppenübungen umweil der politischen Grenze statt.

### Geiselmord in Guadalajara

Größte Verwirrung in Madrid - Zehn bolschewistische Flugzeuge abgeschossen

Salamanca, 15. März  
Trotz dem andauernden schweren Unwetter haben die nationalen Truppen völlig überzählig auch an der Jaramafront zum Vordringen auf die bolschewistischen Linien angesetzt und sind beim Vinarro-Vera unter Schnee und Regen vier Kilometer tief in die feindlichen Stellungen eingedrungen, aus denen noch in der vergangenen Woche die Internationale Brigade ihre Angriffe gegen die nationale Front am Jarama vorgetragen hatte. Der Angriff bedeutet eine wirkliche Unterbrechung der Offensive auf Guadalajara, die jetzt in fünf Tagen 75 Kilometer vorrücken ist und auf dreier Front 48 Stütze und vier befestigt hat. Zwar im Unwetter der letzten Tage, das selber und Straßen luftleer mit Schutt bedeckt hat, sind die nationalen Truppen wieder einige Kilometer näher an Guadalajara herangekommen, wobei auf dem linken Flügel General Medardo auf die Straße nach Cuenca anmarschiert.

Die 17000 Einwohner von Guadalajara beginnen bereits die Stadt zu räumen, und die Straßen nach Madrid und Termino sind mit vollgepackten Wagen bedeckt.

In der Nacht zum Sonntag fand in Guadalajara eine große Kundgebung der Bevölkerung statt, die stürmisch die Uebernahme der Stadt verlangte. Da die Polizei sich weigerte, auf die Bevölkerung zu schießen, wählten sich die bolschewistischen Demonstranten nicht anders als helfen, als die landstreichende Soldner der Internationalen Brigade an alarmieren, die die erregte Volksmasse schließlich auseinandertrieb.

Bei den Bolschewisten herrscht größte Verwirrung und Beklammung. Der bolschewistische Sender in Madrid verbreitet verunsicherte Aufträge der kommunistischen, sozialistischen und anarchistischen Organisationen, in denen alle waffenfähigen Männer auf das dringende aufgefordert werden, anschließend auf das drohende Gefährd unversichert nach Madrid zu kommen. Die Anarchisten wünschen Galanos zu führen haben und alle noch von Bolschewisten terrorisierten Provinzen einen Kultur geschick. Lebensmittel nach Madrid zu senden, da es „mangelhaft“ sei, daß die Hauptstadt einerschlossen würde. Der sogenannte bolschewistische Verteidigungsausschuss hat eine „Befehlsliste“ erlassen, wonach das Trink-

wasser rationiert werden müsse, um für den Fall der völligen Einschließung Madrids über Vorräte zu verfügen. Die bisher an den Madrider Straßenenden aufgehängten Plakate „Sie werden nicht durchkommen!“ sind bereits durch andere ersetzt. „Die Mäunna bedeutet noch keine Niederlage!“, und es wird behauptet, die Madrider Bolschewisten seien zur Rücknahme Madrids entschlossen, falls Valencia nicht sofort Hilfe sende.

In ihrer Wut und Verzweiflung haben die Bolschewisten wieder furchtbare Grausamkeiten verübt. Nach Berichten von Gefangenen sollen in Guadalajara 400 Gefolge erschossen worden sein, wie schon bei Beginn der Offensive vor der Befestigung Vinarro 62 Gefolge erschossen worden sind. 130 Gefangene rettete der Einmarsch der Befreier vor dem Tode. Bei Cagoludo war ein 15jähriges Mädchen den nationalen Truppen mit dem Ruf: „Die Befreier kommen!“ entgegengekommen. Obwohl die Bolschewisten bereits vor den heranrückenden Nationalen das Weite suchen, fanden sie noch Zeit, das junge Mädchen niederzuschießen.

Am Sonntag wurden zehn bolschewistische Jagdflugzeuge abgeschossen, unter denen sich drei sowjetrussische Maschinen befanden. Nach einem Bericht des bolschewistischen Rundfunks sind am Sonntag fünf nationale Flugzeuge über dem Gebiet von Barcelona erschienen und haben den bolschewistischen Flugzeugen Schuß sowie das Gefolge versetzt, das die Munitionsfabrik mit Strom versorgt, mit gutem Erfolg bombardiert. Schließlich warfen die nationalen Flugzeuge noch zahlreiche Bomben auf sich sammelnde bolschewistische Truppen sowie auf bolschewistische Schiffe im Hafen und an der katalanischen Küste.

In der Provinz Valencia hat, nach den eigenen Berichten der bolschewistischen Sender, in Sagorcia eine kleine Gruppe von Bauern Aufstände begonnen, die erst durch Wallengewalt niedergedrückt werden konnten. Verschiedene Bauern wurden sofort erschossen. Nach Berichten englischer Blätter liegen sich in Valencia selbst die Bolschewistenkämpfungen in den Dörfern. Die Anarchisten wünschen Galanos zu führen und auf seine Stelle den angeblichen „Justizminister“ Garcia Oliver zu setzen. Die andere Gruppe, angeführt von Moskau, will ein „Kabinett“ unter Teilnahme von Regijn, von dem man behauptet, daß er in sowjetrussischem Solde stehe. Es sei schon zu mehreren Zusammenstößen gekommen.

### Der Ring der 80 Kriegsschiffe

Der internationale Kontrollplan für Spanien in Kraft getreten

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Paris, 15. März. (Durch United Press)  
Der internationale Ueberwachungsplan für Spanien ist am Sonntagabend um Mitternacht in Kraft getreten. Bisher ist zwar an der spanisch-spanischen Grenze noch kein einziger der ausländischen Kontrollagenten eingetroffen, aber die französische Regierung hat ihre Grenzposten angewiesen, bis zum Eintreffen der Rüstungskontrollagenten die Grenzüberwachung möglichst zu verschärfen. Diese Kontrolle hatte schon gestern, kurz nach dem Inkrafttreten der internationalen Ueberwachung, einen Erfolg zu verzeichnen. Im Kantonal wurden zehn junge Leute erwischt, die verhaftet, die schwerbedeckten Hüfte der Vordenden zu überleiten. Sie um sich der Internationalen Brigade anzuschließen. Sie wurden verhaftet. Außerdem wurden zwei ausländische Kommunisten festgenommen, die noch in der letzten Zeit versucht haben sollen, Freiwilligentransporte über die Grenze zu organisieren. Der Rüstungskontrollagentenschiff hat die vier Wächter, die mit der Durchführung der Ueberwachung betraut sind, England, Frankreich, Italien und Deutschland, aufgefordert, ihre Schiffe einheiten bereit zu halten, die einen Korridor von achtzig Kriegsschiffen um die spanische Küste bilden sollen.

Wegenangriffe erfolgen, denn diese seien abgemessen worden. In der Guadalajara-Front gebe der Vormarsch stetig weiter; die Verluste des Feindes seien äußerst groß und der Kampfesgeist der Nationaltruppen ausgezeichnet.

Berner wendet sich die Erklärung gegen die von bolschewistischen Sendern aufgestellte Behauptung einer Teilnahme ausländischer Truppen an den Kämpfen der Nationalen. Andererseits sei die Teilnahme von Ausländern auf der Seite der Bolschewisten bewiesen, nicht nur durch Photographien in der bolschewistischen Presse, die Märsche und Paraden der „Internationalen Brigade“ zeigten, sondern auch durch die Gelangnahme von Ausländern, unter denen sich Franzosen und Tschechoslowaken befänden. Ueberhaupt bildeten ausländische Streitkräfte in Madrid die Hauptstütze der Bolschewisten im Kampf gegen die Nationalen.

### Danziger Volksstabsabgeordnete treten zur nationalsozialistischen Fraktion über

Danzig, 15. März. (Durch Funkpruch)  
Nachdem der frühere Parteiführer der im vorigen Jahre aufgelösten Sozialdemokratischen Partei in Danzig, Abgeordneter Brill, sein Mandat als Abgeordneter des Danziger Volksstabs niedergelegt hat, ist, wie das Büro des Volksstabs mitteilt, sein ihm-maliger Nachfolger Abgeordneter Julius Grohmann als Kandidat der nationalsozialistischen Volksstabsfraktion bestanden.  
Berner haben die Abgeordneten Schwerfeger (Sozialdemokrat) und Günther (Zentrum) ihren Uebertritt als Kandidaten zur nationalsozialistischen Volksstabsfraktion vollzogen.

### Ausländer die Hauptstütze Madrids

In einer von sämtlichen nationalen Sendern verbreiteten amtlichen Erklärung bekräftigt sich die spanische Nationalregierung mit einer Reihe von Augenzeugenberichten der bolschewistischen Sender, wo seien die Nachrichten über erfolgreiche

### Ein Rohr im Wind

Die Finanzpolitik der Volksfront in Frankreich

Von unserem Korrespondenten

H. Paris, 15. März

Seit 1936 ist Frankreich an Ueberretungen gewöhnt. Als die Volksfrontregierung zur Macht kam, war es klar, daß damit eine Einkommenspolitik marxistischer Art, wenn auch unter nur mittelbarer Beteiligung der Kommunisten, das Szepter Frankreichs in die Hand bekam. Es wurde die Frage gestellt, ob nun eine Revolution beginne, ob eine Evolution möglich sei, ob man mit der Enteignung des Privatbesitzes rechnen müsse, ob Frankreich in Spanien zu Gunsten der Roten eingreifen würde und ob schließlich auch eine Erweiterung des ursprünglich von einer französischen Regierung unterzeichneten Außenpakt in Frage käme. Von diesen Befürchtungen wurde in der freien Form nichts vermindert. Es zeigte sich, daß die Volksfrontregierung überaus labil, schwankend arbeitete und das Bild einer Waise auf den Rücken abgab, die sich hoch und nieder heben läßt, um jedenfalls nicht unterzugehen.

Die Wirtschaft mußte eine neue Sozialgesetzgebung schließen. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter wurde durch Großstreiks gefordert und erzwungen, und die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie wurde nicht nur einseitig, sondern auch planmäßig schrittweise weiter. Dazu kam die Abwertung des Franken mit einer Reihe von Finanzmaßnahmen, die keineswegs mehr den Charakter liberaler Wirtschaftspolitik trugen. Auch das Anwachsen der Gewerkschaften, die heute über fünf Millionen Mitglieder zählen, ist im Grunde ein Ergebnis der Volksfrontregierung. Von A. L. N. ist ihr Generalsekretär, Marie heute der stärkste Mann im Lande sein und damit eine Rolle spielen, die vor einem Jahr noch den Händen der Hochfinanz zuzuführen. Das beispiellose Eroberung all dieser Dinge den Scheitern der linksradikalen Parteien würde, war nicht nur zu erwarten, sondern trat auch ein. So häuften sich immer mehr revolutionäre Reden, die den Erfolg hatten, daß das letzte Vertrauen der nichtmarxistischen Kreise zur Volksfrontregierung schwand. Das Währungsabkommen zwischen Paris, London und New York hatte zwar die schlimmsten Folgen der Abwertung abzuhalten können, aber der Goldabfluß hielt gleichwohl an. Und das lang verkehrte Gold und Geld weigerte sich bis heute, nach Paris zurückzukehren.

Um diese unangenehme Seite des Volksfrontregiments zu beheben, führte die Regierung von Blum seit Monaten eifrige Finanz- und Wirtschaftsverhandlungen mit London und New York. Diese Verhandlungen liegen immerhin schon eine französische Anteil in London zu, die das Vertrauen der französischen Sparer zu einem Teil weitmachen konnte. Doch war es klar, daß Frankreich nicht umhin könne, auf die Dauer auch den eigenen Markt für die Staatsausgaben heranzuziehen, denn besonders weil doch die Volksfrontregierung eine Erneuerung und Verstärkung der Armee und eine vollständige Vertiefung der Militärindustrie mit London und Warschau durchzuführen hatte, die Milliarden verhängt. Der innere Geldmarkt war durch die Gefährdung nach der Abwertung zu einem künstlichen geworden. Wenn nun auch theoretisch die Möglichkeit bestand, nach der marxistischen Lehre das Geld dort zu holen, wo es ist, so hätten sich doch große Teile des französischen Bürgeriums dagegen wehrhaft verteidigt. In einer solchen Auseinandersetzung hätte möglicherweise die Volksfrontregierung die größere Macht gehabt, und sie hätte damit auch den endgültigen Sieg erreichen können, aber London und New York waren nicht nur gegen alle revolutionären Experimente, sondern sie drohten sogar, in einem solchen Falle Paris den Rücken zu kehren. In diesem Augenblick legte die Opposition im schärfsten Angriff an der Finanzpolitik von Blum in Kammer und Senat ein, worüber wir vor zwei Wochen ausführlich berichtet haben. Auch dabei blieb die Volksfrontregierung stecken, und es war nicht abzusehen, wie sich die weiteren Dinge entwickeln würden.

Nun hat der außerordentliche Ministerrat der letzten Woche eine gewisse Klarheit gebracht. Denn das Rohr, das sich so weit auf die Linke geneigt hatte, begann in einem neuen Wind erneut zu schwanzen. Wenn es auch nicht noch recht eindeutig, so konnte man doch sagen, daß es nunmehr dochst artig ausgerichtet ist: es steht wieder recht französisch aus. Denn alle Zwangsmaßnahmen, die den Geld- und Geldmarkt betrafen, wurden rückgängig gemacht und die Grundgesetze der liberalen Wirtschaftspolitik erneut gefeiert. Auch das Gold ist wieder frei. Und die Plegerung hat in demselben Augenblick nicht eine Karte für den Staat schlechthin aufgelegt, sondern — auch das ist ein französisches — eine nationale Verteidigungsausschüsse. Die

Advertisement for various goods including coffee, shoes, and clothing. Text includes: 'Caffo, 38.-', 'Schuh', 'Kleidung', 'Ritter', 'Wir führen Wissen.' and 'SLUB' logo.